

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens... Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 7.50 M. im voraus zahlbar...

Die abendliche Hauptausgabe oder deren Inhalt, sowie jede Sonderausgabe, die auch die Familien- und Organisationsorgane werden laut amtlichem Vermerk...

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wortbruch der Reichswehrführer.

Was sagt die Regierung dazu?

Auch heute war es nicht möglich, direkte telephonische Verbindungen mit Essen, Duisburg und anderen Orten, in denen Unruhen herrschen sollen, zu erhalten. Angeblickt ist der Verkehr gestört; die Ursachen dafür konnten wir jedoch nicht ermitteln. Wir haben jedoch aus Düsseldorf heute vormittag eine Anzahl Meldungen erhalten, aus denen deutlich hervorgeht, daß die Lage in Rheinland-Westfalen doch anders zu betrachten ist, als die Regierung sie ansieht. Wichtig scheint zu sein, daß in Duisburg und einigen anderen Orten des Bezirks die Verhältnisse unbehaltbar geworden sind und daß versucht werden muß, dort die Ordnung wieder herzustellen. In dem größten Teile des Gebiets herrscht aber vollständige Ruhe, dort sind die Bielefelder und Münsterer Vereinbarungen restlos durchgeführt worden.

Die Arbeiterschaft des bergischen Landes hat sich dazu erboten, auch in den noch unruhigen Gebieten den Frieden wieder herbeizuführen. Sie will das auch ohne die Reichswehrruppen tun. Hier scheint uns ein gangbarer Weg gegeben zu sein, durch den eine Lösung der Krise herbeigeführt und der Eintritt einer Katastrophe verhindert werden könnte. Die Regierung hatte gestern behauptet, daß aus zwei Orten auch von der Unabhängigen Sozialdemokratie um den Einmarsch der Reichswehr gebeten worden sei. Wir konnten diese Meldungen auf ihre Richtigkeiten nicht nachprüfen, da uns jede Verbindung mit diesen Orten fehlt.

Was die Lage außerordentlich kompliziert, ist die Tatsache, daß die Reichswehr sich nicht an die Bielefelder und Münsterer Abkommen hält, sondern ihren Vormarsch fortsetzt. Die Regierung hat selbst gestern mitteilen müssen, daß einige Städte, wie Neulinghausen und Werl, besetzt worden seien. Heute läßt das Wehrkreiskommando 6 ausdrücklich mitteilen, daß die Reichswehrruppe Weisel am Freitag die Linie Wollum-Holten-Schmachtenborn-Königsford erreicht und dabei zahlreiche Beute gemacht habe. Die Gruppe Lippe sei über Neulinghausen hinaus vorgestoßen, habe Hols besetzt und von Neulinghausen einen Panzerzug auf Besterholt vorgetrieben. Hat die Regierung, die von den Arbeitern verlangt, daß sie die Abmachungen sofort und restlos erfüllen, nichts dagegen einzuwenden, daß die Reichswehr diese Abmachungen bricht, die Kampfhandlungen fortsetzt und jetzt schon ihren Einmarsch in Rheinland-Westfalen fortsetzt?

Die Arbeiterschaft hegt bei dieser Lage das stärkste Mißtrauen, daß die Vereinbarungen von Bielefeld und Münster nur dem Zwecke dienen sollten, die Arbeiter zu entwaffnen und daß jetzt der Reichswehr freie Hand gegen sie gegeben wird. Es ist dazu noch zu bemerken, daß die Kriegsberichterstattung, die von Münster aus betrieben wird, und von der wir heute früh eine Probe gegeben haben, geradezu einen Skandal darstellt. Trotz aller Versicherungen der Regierung, daß die Anordnungen von den Zivilbehörden getroffen und überwacht werden sollen, sieht es jetzt schon so aus, als ob die Reichswehr ihre Maßnahmen ganz auf eigene Faust trifft und gar nicht daran denkt, sich von den Zivilinstanzen kontrollieren zu lassen.

Wie es im Ruhrgebiet aussieht.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Düsseldorf, 3. April 1920.

In Duisburg, in Mülheim, Gelsenkirchen und einigen kleineren Orten scheint der Rev. die Gewalt an sich gerissen zu haben. Im übrigen Bezirk herrscht im allgemeinen Ruhe. Die bürgerliche Presse will trotzdem die Regierung unter allen Umständen beschuldigen, damit sie Truppen in das Gebiet einzulassen lasse. Auf einer Konferenz wurde berichtet, daß im übrigen, weit ausgedehnten Teil des Bezirks, wo die Gewalt in den Händen der Volksgewalt der Arbeiter liegt, Ruhe und Ordnung herrscht. Das gilt besonders für Düsseldorf. Erstlich die bürgerliche Presse in Düsseldorf, mit Ausnahme des Zentrumsblattes, muß zugeben, daß in Düsseldorf noch niemals seit Ausbruch der Revolution die Ruhe so ausgezeichnet gewesen sei, wie gegenwärtig. Dasselbe hat auch der Oberbürgermeister in öffentlicher Rede vor dem Gemeinderat...

erklärt und anerkennt, daß es sich mit dem Düsseldorfser Volksgewalt sehr gut arbeiten lasse, daß alle Gerüchte über Düsseldorf in der auswärtigen Presse unwehr seien und dazu beitragen müßten, den Ruf Düsseldorfs im übrigen Deutschland in unverantwortlicher Weise herabzusetzen. Das sei bedauerlich.

Der Volksgewalt hat folgende Bekanntmachung erlassen: Der Kampf im Industriegebiet ist trotz des Abkommens in Münster noch nicht zum Abschluß gekommen. Schuld daran sind die Militärbefehlshaber der Reichswehrruppen. Sie haben ihre Truppen vorrücken lassen, während die kämpfenden Arbeiter den Bestimmungen von Münster gemäß ihre Kampffront abbaute und zurückgingen. Die militärischen Befehlshaber ließen ihre Truppen sofort in die verlassenen Stellungen der Roten Armee einrücken und besetzten die Rückzugstrassen mit Sperrfeuer. Zahllos sind die Opfer an Frauen und Kindern, die dieses gewaltsame und wortbrüchige Vorgehen der Reichswehrführer erforderte. Der Volksgewalt hat sofort Maßnahmen unternommen, um dieses zu verhindern.

Morgen wird in einer großen Funktioneinigung berichtet werden, inwiefern dieser letzte Versuch von Erfolg war. War keine Einigung mit den Reichswehrruppen zu erzielen, so muß voranschreitend erneut der Generalkrieg beschloffen werden müssen.

Die Arbeiterschaft will selbst für Ruhe sorgen!

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Düsseldorf, 3. April.

Von Hagen und Elberfeld-Bergman aus ist angeregt worden, daß von diesen Bezirken aus, wo vollkommene Ruhe herrscht und das Bielefelder Abkommen bereits durchgeführt ist, eine Aktion gegen die unruhigen Gebiete eingeleitet werden soll, um auch dort ohne Hilfe der Reichswehr die Ordnung wiederherzustellen. Nach Düsseldorf kam die Aufforderung, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Das mußte abgelehnt werden, weil die Lage in Düsseldorf zwar ruhig ist, aber trotzdem die dortige Arbeiterschaft damit zu tun hat, um auch künftig die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wie die Arbeiterschaft im allgemeinen sich zu dem Plane verhalten wird, in den unruhigen Gebieten die Ruhe durch Reichswehrruppen herstellen zu lassen, ist bis jetzt noch nicht zu sagen. Gewiß ist nur, daß der Versuch, auch die bereits beruhigten Orte, insbesondere Düsseldorf, durch Reichswehr besetzen zu lassen, stärkstem Widerstand begegnen wird.

Die Angriffe auf die Arbeiter.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Düsseldorf, 3. April.

Es steht fest, daß in der bürgerlichen Presse über die Vorgänge in den noch nicht beruhigten Gebieten außerordentlich viel gelogen wird. Ein Vertreter der „Düsseldorfer Volksgewalt“ war am Donnerstag abend auf Bitten eines radikalen Kommunistenführers mit diesem zusammen in Mülheim und Dinslaken, um mit den dortigen Truppenführern über die durch das Münsterer Abkommen geschaffene Lücke Rücksprache zu nehmen und dort unsererseits den Standpunkt zu verteidigen, daß das Abkommen von Münster einen angemessenen Boden zum Abbruch der Feindseligkeiten schaffe. Der Führer der Roten Armee sagte bei dieser Besprechung, daß am nächsten Morgen der Rückzug angeordnet werden solle, da man das Abkommen von Münster, die Einhaltung durch die Regierung und die Reichswehrruppen vorausgesetzt, durchaus für einen Erfolg der Kampftruppen und der gesamten Arbeiterschaft erachten würde. Als wir darauf nach Dinslaken kamen, machten wir sofort die Beobachtung, die mit zahlreichen Meldungen übereinstimmte, daß von den in der Richtung um Dinslaken postierten Reichswehrruppen eine lebhafteste Kampfbereitschaft im Gange war. Die dortigen Truppen haben die bestmögliche Aufstellung, daß sie in der Nacht zum Freitag weitere Angriffe erwarteten müßten. Wie die Meldungen von Freitag früh ergeben, war diese Annahme durchaus richtig. Es sind nicht nur bei Dinslaken, sondern auch an anderen Stellen der Front von der Reichswehr, wie uns berichtet wird, unter Einsatz starker Feuerkraftliche Angriffe fortgesetzt worden. Die Erregung bei den Truppenführern über diesen offensichtlichen Wortbruch war so groß, daß von dieser Seite der Reichswehr bei einem weiteren Vordringen schwere Konsequenzen wirtschaftlicher Natur angedroht wurden.

Die Leipziger Kämpfe.

Von Hans Bloch

II.

Während die Leipziger Arbeiterschaft Kämpfe und Widerstand brachte, schwächte das demokratische Bürgerium, das händeringend um Beendigung des Kampfes und des Generalkriegs und stärke dabei beständig dem Militär den Rücken, indem es direkt für den Eintritt in das Zeitfreiwilligen-Regiment warb. Die sächsische Regierung hatte unter dem Druck der beiden sozialdemokratischen Parteien am Dienstag die Aufhebung des Belagerungszustandes verfügt und sonstige Konzessionen gemacht, wie Amnestie, Bildung von Einwohnerwehren unter ständiger Beteiligung der Arbeiter usw. Die Erwartung aber, daß das Militär in Leipzig nun seine Aktion einstellen würde, war verfehlt. Der Militärbefehlshaber, General Senft von Pilsach ließ nach Dresden melden, die Aufhebung des Belagerungszustandes sei der Welle Wahnwitz, worauf der ersetzte Ministerpräsident Dr. Gradnauer nichts Günstigeres zu tun hatte, als den Herrn seines Vertrauens zu versichern und ihn zu allen Schritten, die er für notwendig halte, zu bevollmächtigen. Worauf Herr Senft von Pilsach sofort aus eigener Machtvollkommenheit den Belagerungszustand über Leipzig wieder verhängte.

Unter dem Druck der sozialdemokratischen Volkskammerfraktionen entstand dann das Ministerium den Minister Säckow zu einer Vermittlung nach Leipzig. Mit seiner Hilfe kam es dann zwischen dem Genossen Lipinski und dem Militärbefehlshaber zu einem Abkommen, wonach am Mittwoch 10 Uhr abends, ein Waffenstillstand eintreten sollte, um der Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, über das Abkommen zu entscheiden. Es sah im wesentlichen vor, daß das Militär zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt den Stadtkern räumen und nach außerhalb Leipzigs abtransportiert werden solle, während die Arbeiterschaft sich verpflichtete, zwei Tage später die Waffen abzugeben, die dann der sofort zu bildenden Einwohnerwehr, in die die Arbeiter möglichst stark eintreten sollten, zur Verfügung zu stellen waren. Leider sieht dieses Abkommen am Donnerstag morgen zunächst auf starken Widerstand bei den Funktionären der Partei. Man beschloß daher in den Vor- und Nachmittagsversammlungen noch nicht darüber abstimmen zu lassen, sondern die Parteileitung für den Nachmittag zur Beratung zusammenzurufen und dann am Freitag morgen die Beratungen entscheiden zu lassen.

Der Waffenstillstand wurde nicht eingehalten, jede Seite beschuldigte die andere, gegen seine Bestimmungen durch Vorziehen der Posten usw. verstoßen zu haben und General Senft von Pilsach nahm das zum Vorwand, das Abkommen für gebrochen zu erklären, weitere Verhandlungen abzulehnen, seine Truppen, die inzwischen Verstärkungen erfahren hatten, zum Vormarsch anzusetzen und Bedingungen zu diktieren, worin von einer Räumung der Stadt von den Truppen nicht mehr die Rede war, dafür aber von der sofortigen Abgabe der Waffen durch die Arbeiterschaft. Diese hatte inzwischen am Freitag Morgen in 19 Versammlungen für, in 10 gegen das Abkommen entschieden, es also mit Mehrheit angenommen. Aber es war schon zu spät und da die Bewaffnung zu ungleich war und die Lebensmittelversorgung sehr kritisch, so mußte die Parteileitung am Freitag nachmittags den bitteren Beschluß fassen, den Kampf abzubrechen. Es wurde also den Arbeiterkämpfern Aufgabe ihrer Stellungen anbefohlen und der Abbruch des Generalkriegs, den die Versammlungen nur unter der Bedingung des Friedensabkommens beschlossen hatten, erneut beschloß. Die Verhandlungen dieser Parteileitungsabstimmung waren noch nicht ganz beendet — es war Freitag nachmittags gegen 3 Uhr — als ein Vorstoß des Militärs gegen das Volkshaus erfolgte.

Am Mittwoch schon war der Parteileitung das Original einer militärischen Meldung übermittelt worden, wonach der Kapitän Haase und der Hauptmann Fesche sich der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie — ob gefolgt oder nicht — bemächtigt und das Volkshaus nehmen wollten. Der General hatte zwar bei den Verhandlungen, als ihm der Zeit vorgelegt wurde, erklärt, daß die beiden Offiziere auf die militärischen Operationen keinen Einfluß hätten. Die Arbeiterkämpfer hatten aber darauf die Reiter Skrupel...

... vor das Volkshaus liegt, durch mehrere Barrikaden, in der Hauptsache aus mit Äsche und Sand gefüllten Wagen bestehend, zu sichern gesucht. Das Volkshaus selber aber hatte keine Belagerung; es war nur eine schwache Wache dort. Das Militär nahm die Barrikaden mit Maschinengewehren und Geschützen, die dann ein regelrechtes Bombardement auf das Volkshaus eröffneten, wobei nicht nur dieses, sondern auch mehrere andere Häuser der Straße getroffen und mehr oder minder schwer beschädigt wurden. Schrapnell streuten die Straße und ihre Fortsetzung bis weit in die Vorstadt Connewitz ab. Die schwache Wache räumte beim Näher der Reichswehr das Volkshaus — auf die Nachricht von seiner Gefährdung eilten indes die Arbeiterkämpfer aus den anliegenden Straßen herbei und es entspann sich ein lebhaftes Feuergefecht, bei dem die Reichswehr sieben tote, die Arbeiter einen Toten und einige Verwundete hatten. Das Volkshaus, das die Mitglieder der Parteileitung und die Teilnehmer einer Volksversammlung noch gerade vor dem Eintreffen der Truppen durch die Hintergründstücke verlassen konnten, wurde von der Reichswehr genommen, das Personal des Hauses sowie die darin untergebrachten Konsumvereinsklubs, an 30 Männer und Frauen, verhaftet und im Kugelregen unter Pfiffen und Drohungen nach dem Rathaus geschleppt, von wo es allerdings bald wieder entlassen werden mußte. Auch Zigarren, Zigaretten, Lebensmittel, eine Schreibmaschine, ein Klappenschränk und anderes mehr wurden als gute Beute weggeschleppt. Und dann begann das Werk der Berückung. Alsobald brachen gleichzeitig aus verschiedenen Stockwerken des Hauses die Flammen hervor — es war Feuer gelegt worden. Eine Brandbombe, die in den Trümmern gefunden wurde, sowie zahlreiche Äußerungen der Soldaten und des Leiters der Stoßtruppe, des Mittelmeisters Metz, der dem Oberleutnant und den Maschinenführern, die in den oberen Stockwerken Sachen des Personals zu retten suchten, hinausjagte und ihnen zuschrie, er habe Befehle, „das Spartakistennest niederzubrennen“, beweisen das trotz des nachträglichen tapferen Zeugnis des Herrn auf das Evidenteste. Die Feuerwehr wurde von den Truppen durch Drohungen am Löschen zu verhindern gesucht, konnte wegen des Gefechts anfänglich auch nicht in Tätigkeit treten. So brannten denn die oberen drei Stockwerke des Vordergebäudes völlig, die erste Etage zur Hälfte aus, während die Hintergebäude einschließlich der Säle erhalten blieben. In den Gewerkschaftsbüros sind alle Bücher, Akten, Kartotheken, der Niederstetig vieltägiger Arbeit, unerfessliche ideale Werte, vernichtet. Nach dieser Heldentat zog sich der Stoßtrupp wieder zurück.

Es bricht für die Disziplin der Leipziger Arbeiterschaft, daß sie trotz des Hornes und Grimms, die der Anblick der rauchenden Trümmer ihre kalten Seines in ihr entfehlten, und die am Freitag noch zur Einschüchterung zweier Willen, aus denen auf sie geschossen wurde, durch Arbeiterkämpfer führten, schließlich doch der Parole der Parteileitung und dem Beschluß der Versammlungen Folge leistete — am Sonnabend vormittag kämpften zwar noch einige Trupps, so namentlich in der Tauchaer Straße, hartnäckig weiter, am Nachmittag indes zogen auch diese ab und die Schießereien hörten auf. An 74 Zivilisten, teils Kämpfer, teils unbeteiligte Passanten, sowie 42 Zeitfreiwillige und Reichswehrsoldaten konnten bisher als Todestopfer der blutigen Woche festgestellt werden; doch kann die Liste auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen; die Größe der militärischen Verluste sucht das Brigadekommando zu verheimlichen. Groß ist die Zahl der Verwundeten.

Nach dem Siege zeigte die militärische Leitung insofern eine gewisse „Mäßigkeit“, als sie erst am 24. in die Vororte einzurücken verbot; als Gegenleistung forderte sie die Abgabe der Waffen in Depots, die die Arbeiter in den

Vororten anlegen sollten. Dies Versprechen ist zwar noch nicht genau eingehalten worden — schlimmer aber als dies sind die entgegen den vom General veränderten Bedingungen erfolgten Verhaftungen vieler Genossen, die an den Kämpfen nicht einmal beteiligt waren und vor allem die brutalen, schändlichen Mißhandlungen und Bedrohungen, die an den Belagerten in den Kasernen von militärischen Präzisionsoffizieren verübt wurden, ungeachtet eines papiernen Befehls des Generals, der das verbietet. Die sächsische Regierung, die sich immer noch nicht entschließen konnte, den Belagerungszustand aufzuheben — zu geringe Waffenabgabe dient als Hauptvorwand — läßt damit schwere Mitschuld an den schrecklichen Zuständen auf sich. Der General übt rücksichtslose Diktatur aus — er verbietet die höchst notwendige Ausführung des einstimmigen Beschlusses des Rats und der Stadtverordneten auf Errichtung einer Einwohnerverschutzwehr, mit einer Mehrheit organisierter Arbeiter, der freilich inwieweit auch von den Bürgerlichen, die zunächst unter dem Eindruck der Erhebung der Arbeiterschaft zustimmten, wieder verleugnet und zu sabotieren versucht wird. Indes können sie die sozialistische Mehrheit für die Ausführung des Beschlusses nicht erschltern, da die Rechtssozialisten sich hier wie auch im übrigen Sachsen bisher durchaus einwandfrei verhalten. Leider ist ihr Einfluß auf die sächsische Regierung noch nicht wirksam geworden. Erst am Dienstag, den 30. März, soll die politische Lage in der Volkskammer erörtert und die Forderung der Aufhebung des Belagerungszustandes über die Kreisbauernschaft Leipzig in der Kammer besprochen werden. Die Rechtssozialisten wissen nach den Äußerungen ihrer Presse zu urteilen, ganz gut, daß sie die Existenz ihrer Partei aufs ärgste gefährden, wenn sie noch dem Vorbild der Bürgerlichen auf das blinde Schreckgespenst des Bolschewismus hinstimmen und so die Einheitsfront des Proletariats in kritischer Stunde aufs neue zerschlagen.

Die frech die von den Leipziger „Demokraten“ eifrig nachgeplapperte Mäße ist, ohne Zeitfreiwillige und Reichswehr wäre Leipzig dem Chaos und der Käterepubik verfallen, das zeigen alle offiziellen Kundgebungen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Die Kommunisten, die die Rätediktatur forderten, wurden ausdrücklich abgewiesen und schieden aus der Einheitsfront gleich zu Beginn des Kampfes aus. Ihre Verhärte, durch wüste Schimpfereien in den Versammlungen über den Verrat der U. S. V.-Führer Einfluß auf die Ereignisse zu gewinnen, sind sämtlich mißlungen. Die Arbeiterschaft verstand sehr gut, daß der Verzicht der U. S. V. auf die Forderung der Rätediktatur nicht Verrat an ihrem Aktionsprogramm war, sondern die notwendige Konsequenz der Erkenntnis, daß diese Forderung sich nicht durch eine Minderheit des Proletariats verwirklichen läßt, daß ihre Aufstellung die höchst notwendige Einheitsfront des Proletariats durch Abspaltung der Rechtssozialisten gesprengt hätte.

Diese Tatsache der Abweisung der kommunistischen Forderungen und des Ausscheidens der Kommunisten aus der Einheitsfront wurde schon in dem am Montag, den 18. März erscheinenden Flugblatt der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, das im vollen Wortlaut in der Montagnummer der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt wurde, mitgeteilt. Trotzdem wurde vom Militär die Mäße vom Bolschewismus aufgebracht und vom Bürgerturn wüßig aufgenommen. Aber diese Mäßegeheiß hat ja auch ein Duzendmal die Ausrufung der Rätediktatur in Chemnitz gemeldet, die niemals geschehen ist.

Was, sehr viel, hängt jetzt für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Leipzig und Sachsen vom Verhalten der Rechtssozialisten in der Volkskammer ab. Dürfen sie, daß das Proletariat abermals um die Früchte seiner Opfer betrogen wird, so wäre der Einheitsfront, aber auch der Partei der Rechtssozialisten das Todesurteil gesprochen.

Erkappte Busschiffen.

Die Deutschnationalen und Kapp.

Die Deutschnationale Volkspartei sträubt sich mit Händen und Füßen gegen den „Verdacht“, mit dem Hochverrätern Kapp und Lüttich poliert; oder auch nur sympathisiert zu haben. Die Redner der Partei in der Nationalversammlung, Düringer und Behrens, haben noch gestern ihre blütenweiße Unschuld beteuert. Düringer hat sogar — treulos genug — seinen Praktikantenkollegen Traub abgeduldet, und Behrens hat mit großer Genugtuung erklärt, daß es den leitenden Beamten zu danken sei, wenn die Kapp und Konjorten nicht auf die Beine gekommen sind. Und Herr Sergt von der gleichen Partei behauptet in der Preussischen Landesversammlung, es sei ihm sehr schmerzlich, daß Mitglieder seiner Partei an dem verführerischen Unternehmen beteiligt gewesen seien. Er rüden sie aus Reichsstrafen von der eigenen Schöpfung ab, aber es glaubt niemand an ihre Unschuld, was für Herr Sergt nicht minder schmerzlich ist.

Wie berechtigt dieses Mißtrauen gegenüber den Behauptungen dieser flinken Lügner ist zeigt nun eine vierseitige Flugchrift, die den Kopf „Deutschnationale Volkspartei, Hauptgeschäftsstelle“ trägt — eine Stelle, der Herr Sergt nicht sehr fern stehen dürfte — und das mit „Deutschnationale Volkspartei“ unterzeichnet ist. Das Blatt wurde am 18. März in einer Berliner Druckerei hergestellt, konnte aber infolge des sofort einsetzenden Generalstreiks nicht gedruckt werden. Auf der ersten Seite des Blattes ist zunächst ein vielbeutiges Gemälde von verfassungsmäßigen Zuständen zu lesen, die durch die „neue Regierung“ hoffentlich bald wieder hergestellt werden. Die Partei fordere ja ohnehin baldige Neuwahlen. „Bis zu dieser Entscheidung, heißt es dann weiter, ist die Deutschnationale Partei bereit, gegen ihr bisheriges Verhalten, mitzuarbeiten (mit Kapp als), um in Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten.“

Ist das schon ein unverblümtes Bekenntnis zu „neuen Regierung“ Kapp, so wird die Partei, die heute jede Berührung mit den Busschiffen leugnet, auf der folgenden Seiten des Flugblattes noch deutlicher. D heißt es:

Deutsche Männer und Frauen! Jetzt hat die Auehtheit ein Ende! Die Zwangswirtschaft wird abgetan. Deutschland wird unter einer ehrlichen Regierung wieder das ehrliche Volk, das zu sein wir stolz waren!

Erlich unter der Führung einer Partei, die heute verbrennt, was sie gestern angejubelt. Wir gratulieren! Und weiter polemisiert das Flugblatt: Deutsche Männer und Frauen! Euch ruft die Regierung der Freiheit, der Ordnung und der Tat! (Genau so firmierte die „Regierung“ Kapp-Lüttich.) Die neue Regierung hat sich zum Treuhänder Eurer Freiheit, Eures Rechts auf Selbstbestimmung gemacht.

So war die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu der Abenteuermeute am 18. März beschaffen. Die erwähnte Flugchrift bleibt ein Beweisstück dafür, daß alle Reden der Deutschnationalen gegen den Busschiffen Blendwerk und bewußter Schwindel sind.

Nichtigstellung. In dem Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe ist einige Male vom Sonnabend und Sonntag die Rede. Es muß dort richtig heißen: Donnerstag und Freitag.

Die wahlfähigen Personen in den besetzten Gebieten dürfen wie die Volksparteikonferenz beschlossen hat, weder an der Reichstagswahl noch der Wahl des Reichspräsidenten teilnehmen.

Wir lernten . . .

Wir lernten hassen wie Schermafaffen
Das Vertrauen, unsere Leidenschaft.
Wir lernten, daß jedes erlauchte Wort
Nur Lug und Trug verbirgt und Mord.
Wir lernten, daß wir müssen das Galbe
Herschmettern gleich dem goldenen Kalbe.
Wir lernten, daß die Satten und Reichen
Verräter sind und uns umschleichen,
Und daß die Schreiber und Schriftgelehrten
Die Freiheit für Geld und Stellen vertieren.
Wir lernten, daß jede weiche Verzelung
Verbrechen wäre und Rechtsentweihung.
Wir lernten: Es gibt keinen Friedensschluß.
Moriz Hartmann. (Geschrieben 1849.)

„Anidebein.“

„Ober, gähnen!“
„Die Herrschaften hatten achtzehn Anidebein à 8 M., 18 Anidebein.“
18 Anidebein — ein einziger Fisch in nur einem der vielen wie Gras aus der Erde gewachsenen Westen-Vors läßt sie die, ach so gut, zahlenden Besucher dieser Lokale bewirteten.
— — — Wie ihr, Prospekt, was 18 Anidebein sind?
Es sind achtzehn Weiber auf einem den Gaumen der wertvollsten Feinschmecker gerade bedrückenden Bilde.
Achtzehn Weiber werden an einem einzigen Tisch eines Lokals anstehend — und das leider diesmal im wahren Sinne des Wortes — konsumiert, wo in der Großstadt Tausende von Säuglingen, Stößen und Greifen darum darben!
— — — Was schert's die Schlemmer? — — — Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind — — —
Ein Köhler, aber bescheidenes Beispiel dafür, wie die Aufhebung der Zwangsverteilung und durch sie die dann prompt und reichlich einsetzende Belieferung, mit Lebensmitteln besonders, funktioniert.

Aber für wen, für das arbeitende Volk? Weit gefehlt! Für den Reichthumenden, der sich das leisten kann.
„Auslandbeier, alles Auslandbeier, mein Herr!“ Wer glaubt das wohl? Aber die Austrede muß herhalten, um den Reuigeren zu belüsten — beim andern tut's der „Anidebein“.
Während sich Neutrale und „Leinblüde“ Ausländer um die Kermiten der Armen in anerkannter Weise bemühen und Hilfe bringen, müssen sie in Bars und Lütz-Stuben sehen, daß dort — und nicht in Spielhöfen, Lazareten und im Heim des alten Mütterchens — der „Gebel“ für die bessere Ernährung des Volkes am ehesten wirkt.

Ein Freund, der mich, ganz im Vorbeigehen, zu einem Rogmal einlad, ließ mich auch dieses Dokument für die Verwendung hochwertiger Nahrungsmittel für das ganze Volk erbliden.

„18 Eier zu 18 Bilschen“ — — — schauernd wenden wir uns nach draußen —, wir Prospekt, wo in dieser Nacht diese, viele verreden müssen — weil „er“ leben und beleben muß: „der Anidebein“.

Ostereier von heute.

In allen Auslagen loden sie wieder, groß und Klein, bescheiden und anpruchsvoll, schimmernd in allen Farben. Aber es geht mit den Ostereiern wie mit des Weihnachtsbaumes goldenen Ästchen: die am pompösesten aussehenden, sind leer, hohl, sind nur Attrappen, die erst nach der Füllung harren. Wo sind die Zeiten, da jedermann sich bescheidenlich mit rot, blau, grün und gelb oder gar nur unter Aufsichtnahme von Hofseersach brünnlich gefärbten Hühnerneiern begnügte! Jetzt, da ein lumpiges Schokoladerei hauptsächlich mit Goldwert aufgewogen wird, da Zuderzeug und Raschwerk unter die Luxussteuer fallen, gibt es in bezug auf die Höhe der Ostereierpreise noch oben kaum noch eine Grenze. Aber der neue Reichtum ist nicht ängstlich und tobt sich auch in dieser Hinsicht gründlich und probenhaft aus. Er fällt seine Ostereier nicht nur mit dem teuersten Konfekt, von dem jedes Protein zwei bis drei Mark kostet; er wählt sie auch als Hüße für unerschwinglich teuren Schmuck, für Juwelen und Pretiosen. Wer heute lachte, Ostereier zu erhalten, erschrickt vor den Preisen, die man ihm oberlangt. Er erschrickt noch mehr, wenn er sieht, mit welcher Hastigkeit andere Käufer neben ihm die großen Goldschneide für ein paar Markteilchen hinwerfen. Wir haben es herrlich weit gebracht!

Die Schulreformer zur Völkerverständigung.

Der Bund entschiedener Schulreformer sah auf seiner Berliner Ostereier, zu der auch Sympathisantenangehörigen des bisher feindlichen Auslandes stößenden, folgenden Entschliebung: „Wir zu einer freien Reichstagskonferenz in Berlin versammeln entscheidenden Schulreformer in Deutschland sind tief durchdrungen von der Notwendigkeit, daß alle eine Erziehung im neuen Geiste der Gemeinschaft und der Freiheit erstrebenden Menschen in allen Ländern, ob jung oder alt, zusammenarbeiten müssen an dem Aufbau einer neuen Welt. Wir setzen dabei unsere ganze Hoffnung auf eine völlige Umwandlung der Gesinnung und wissen, daß wir, denen die Ermüdung der Jugend anvertraut ist, in erster Reihe dazu berufen sind, an Stelle der Gewalt und des Hasses die schöpferische Entfaltung der Jugend in gegenseitiger Hilfe und gemeinschaftlicher Arbeit von Lehrern und Schülern zu fördern. Dieser Geist gegenseitigen Beistandes und beider Brüderlichkeit muß, wie wir

glauben, auch den alten Volk der Gewalt und des Hasses zwischen den Völkern umzuwandeln in gemeinschaftliche Zusammenarbeiten zum Heile der Menschheit und der Jugend aller Völker.

Daher begrüßen wir mit Freuden, daß unsere Gesinnungsgenossen in den anderen Ländern uns darin unterstützen, uns wollen um so entschiedener uns einsehen für den Sieg des neuen Geistes in unseren Schulen.“

Theater.

„Der Kaffeebinder“ ist nicht die schlechteste Operette, Franz Lehars und läßt mit ihrem vorwiegend gerichteten Gehalt (Text von Viktor Leon) die außerordentlich glänzende Aufnahme im Wallhallatheater sehr begründet erscheinen. Die Spielleitung hatte sich alle Mühe gegeben, das bunt zusammengewürfelte Werk in seinem österreichisch-ungarisch-slowakischen Gewande läppig herauszubringen. Manches geriet im Verlaufe der sich bis in die Mittagsstunde ausdehnenden Aufführung sogar allzu läppig und sprengte den Rahmen der musikalischen Einseitigkeit mit einpaarigen härteren Epögen der Pöffe und des Jirkus. Das erhöhte aber durchweg die gute Laune im Publikum und auf der Bühne, wo Alfred Lantner mit seinem Liebesbändler Wolf für Pfefferhorn eine tragikomische jüdische Charakterstudie bot, wie man sie selbst im früheren Herrnsfeldtheater nicht echter und bezwingender erleben konnte. Hier offenbarte sich selbst da, wo sich der Schauspielers zu Lebertreibungen hinreißt, ein nicht gewöhnliches Talent menschlicher Darstellungskunst. Von der Regie, die allmählich allerdings die Fägel aus der Hand verlor, war besonders farbige bewegte Vorpil für den rechten Zusammenhang (auch mit dem gut geleiteten „Orchester“) gefordert worden. Rameau's gefiel hier die kleine Grete Kling in der Kinderrolle durch Parthei, nicht Jagheit in Spiel und Gesang. Margret Fischebach schwelgte in doppelt und dreifacher Landpomeranzigkeit gut bei Stimme und ansehnlichem Lebensgefühl. Theo Lucas ein flotter Sänger, der ohne die hier erforderliche Wiener Note. Außer Paul Denker als Corporal und Georg Silber als komisch parlamentarischer Spenglermeister sei noch Rudolf Zerbe genannt, ein drohsüchtiger Chorgesänger. Das Vergnügen voller Häuser an Pfefferhorn und Kaffeebinder der Wallhalla auf dem Weinbergweg wird sich wohl noch oft wiederholen.

Im neuen Volkstheater, Alpenröder Straße 68, geht als nächste Erstaufführung am Freitag, den 9. April er. Das „Paradies“, Tragödie in drei Akten von Hans J. Reichelt in Szene.

Walter Hasenclever, dessen „Antigone“ die nächste Erstaufführung des Großen Schauspielhauses (Berlin) ist, wird sein neues Drama „Jenseits“ am 10. April im Vorzugsraum des Ernst Rowoldt-Theaters spielen.

Landeskonferenz der U. S. P. Sachsens.

Am 31. März tagte in Dresden eine Landeskonferenz unserer Partei, an der Landesvorstand, Bezirksvorstände, Nationalverbandsleiter, und Vollkammermandatäre und Vertreter der Presse teilnahmen. Genosse Lipinski gab einen kurzen Bericht über die politische Lage. Es folgte eine kurze Aussprache, in der die Genossen Seger, Fr. Weger, Hof und Bruchardt-Eckmühl sprachen. Es wurde betont, daß die U. S. P. zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion — wozu alle bürgerlichen Parteien, auch die Demokraten gehören — mit der S. P. D. und der S. D. bereit ist, wenn diese Parteien die besonnenen Minimalforderungen, die das Zentralkomitee unserer Partei in seiner Rundschreiben vom 20. März aufgestellt hat, zu vertreten bereit sind. Der bevorstehende Wahlkampf ist grundsätzlich zu gewinnen — die sachlichen Gegensätze dürfen nicht vertuscht werden. Es ist über lebhaft zu wünschen, daß persönliche Angriffe zwischen den sozialdemokratischen Parteien unterbleiben. Voraussetzung für ein gewisses Zusammenarbeiten mit der S. P. D. bei den Wahlen ist, daß sie jedes Kompromiß mit bürgerlichen Parteien ablehnt, daß sie die Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum, in der sie jetzt steht, in der Wahlbewegung nicht beibehält.

Wegen einer Erlaube wurde dann die folgende Resolution angenommen:

„Die am 31. März 1920 zusammengetretene erweiterte Landeskonferenz der U. S. P. empfiehlt folgende Richtlinien:

Der planmäßig vorbereitete und organisierte Ausschuss der Militärs, der Agrarier und Großindustriellen ist durch die vereinte Kraft des Proletariats abgepflogen, doch noch nicht überwunden worden. Es gilt, bereit zu sein, den Erfolg der Revolution von 1918 dauernd zu sichern und darüber hinaus planmäßig dem Sozialismus den Weg zu ebnen. Darum begrüßt die Landeskonferenz die von der Zentralleitung der U. S. P. am 24. März 1920 aufgestellten Mindestforderungen und möchte sie sich zu eigen. Diese Forderungen können aber nur von einer sozialistischen Regierung durchgesetzt werden. Deshalb bitten die U. S. P. sich in Sachen an keiner Regierung beteiligen, in der Vertreter bürgerlicher Parteien sitzen. Die U. S. P. ist, unter Wahrung ihrer Grundsätze, bereit, die Einheitsfront des Proletariats gegen die Reaktion zu stärken, mit den sozialistischen Parteien die Mindestforderungen der Zentralleitung der U. S. P. anzuerkennen und für ihre Durchsetzung einzutreten.“

Es folgte eine Debatte über die mehr technischen Bedingungen des Wahlkampfes. Es wurde die folgende Resolution angenommen:

Die Werberbeit für die Reichstagswahl wurde grundsätzlich betrieben werden und ist selbstständig von den Kreisorganisationen im Einvernehmen mit den Bezirksleitungen unter der Aufsicht der Parteileitung zu führen. Der Wahlkampf wird einen nie gekannten Umfang und Schärfe annehmen und bedarf daher der Hilfe und Unterstützung aller Parteigenossen, insbesondere auch der Genossinnen. Mündliche und schriftliche Werberbeit muß unablässig geübt. Flugblätter reichlich ausgeteilt, der Abonnentenband der Parteileitungen fortgesetzt geleistet werden. Die Kosten des Wahlkampfes werden bei den hohen Papier- und Druckpreisen, der teuren Bahnfahrt erheblich sein. Deshalb ist es Pflicht aller Parteimitglieder, Arbeiter und Arbeiterinnen in Haus, Werkstatt und Fabrik regelmäßig jede Woche Geldsammlungen für die Wahlen vorzunehmen, deren Ertrag den Bezirksleitungen zuzuführen muß. Doppelmandate für Reichs- und Staatsparlament sind unzulässig. Mitglieder der Volkskammer haben ihr Mandat für diese, wenn sie zum Reichstag gewählt werden, niederzulegen. Inhaber von Gemeindevorständen können als Kandidaten für die gezeichneten Körperchaften nominiert werden.

Die Kandidaten für die Reichstagswahl sind unablässig, spätestens aber bis zum 10. April in den Kreisen und Bezirken festzustellen. Es ist darauf zu achten, daß Genossen vorgeschlagen werden, die der gestellten Aufgabe gewachsen sind. Eine Landesversammlung soll dann im Einvernehmen mit der Zentralleitung der U. S. P. die endgültigen Listen feststellen.

Verhaftungen in Eberswalde.

Nach Abschlüssen des Generalstreiks ging das Leben in Eberswalde seinen gewöhnlichen Gang. Kein Schuß war während des Kampfes gefallen; keine Fensterische zertrümmert. Es herrschte also die Ruhe und Ordnung wie selbst von bürgerlicher Seite vorhanden war. Da rücken mit einmal Truppen ein: 1800 Mann mit allen modernen Mordwerkzeugen, wie Flammenwerfern, Maschinengewehren, Geschützen und — einem Panzergeschütz.

Der Auftrag des Truppenkommandeurs lautete: Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände — die von der Arbeiterkammer niemals geteilt waren, — und Durchführung der Waffenstillstandsabgabe. Karfreitag mittig war die Front der Aufforderung zur Waffenabgabe abgelaufen. Sie mußte erfolglos bleiben, weil die Eberswalder keine Waffen mehr sind. Der Kommandeur, Oberstmann v. Rilling, ließ daher 20 Genossen verhaften, trotzdem er dies ohne Genehmigung der Zivilbehörden nicht tun dürfte. Die Genossen wurden abends gegen 9 Uhr wieder entlassen. Verhaftet wurde unter anderen auch ein bettlägeriger Kranker Genosse, der in ein Auto verpackt, vor die Herron Offiziere geschleppt wurde.

Geheimnisvolle Zusammenkünfte.

Aus Potsdam wird uns berichtet: In der Nacht zum Karfreitag wurde hier die Verhaftung durch rasende Last- und Personenautos beunruhigt. Als unser Gemeindevorstand in der Sache nachging, stellte er fest, daß in dem Offizierskloster in der Mamonstraße eine nächtliche Zusammenkunft von etwa 150 Offizieren und einigen Soldaten bekannter deutscher Nationalisten stattfand. Aus dem Vorhandensein von Mannschaften der berühmtesten Marinebrigade konnte man schließen, daß es sich um eine reaktionäre Zusammenkunft handelte. Auf die sofortige telefonische Anfrage beim Oberbürgermeister wurde dem Anrufer mitgeteilt, daß es sich um auswärtige Truppen handle, welche hier entlassen werden sollten. Uns will nun eines nicht einleuchten, warum man sich die Mitternachtsstunde ausgerechnet zur Entlassung von Truppen und dann, warum zu dieser Aktion deutsche nationale Offiziere hinzugezogen werden.

Die Dö'ertler.

Die Marinebrigade Ehrhardt sollte laut Regimentsbefehl bis Sonnabend abend aus Eberswalde abtransportiert und bis zur endgültigen Entlassung in ein anderes Lager überführt werden. Die Brigade befindet sich jedoch bis heute noch am Ortlichen Teile in Eberswalde während ein anderes Teil —

größtenteils Offiziere — in Rauen in der Mark stationiert ist. Die Offiziere der Brigade denken nicht daran, sich entschließen zu lassen und sind entschlossen, entweder hier oder nach Ueberrennung des polnischen Korridors gegen Rußland zu kämpfen, da sie eine russische Gegenaktion vermuten. Im Donners-tag, den 1. April, land sogar in Eberswalde ein Scharschützen von Baltikum- und Marine-Sturmtrouppen. Die Marine-Soldaten verließen die Kampfgelände, in anderen Fällen wollten sie zur „Roten Armee“ überlaufen. Die sichersten Elemente der Marinebrigade werden zu Spionagewerkzeugen aufgeföhrt, dem R. P. B. beizutreten.

Die Sicherheitspolizei Minister L. W. hat ein Werbebureau in Eberswalde eröffnet, um aus den dort stehenden Truppen für ihre Reformation Leute anzuwerben, natürlich geschieht die Werbung geheim.

Der Generalstreik in Dänemark. Die Absichten des Staatsreichskabinetts.

Rosenhagen, 2. April. Laut Mitteilung des Ministeriums wird die Wahl zum Folketing am Donnerstag, den 22. April, stattfinden. Das Folketing ist durch königliche Verfassung vom Mittwoch, den 21. April aufgelöst. Wenn der Reichstag noch beendigt Osterferien am 14. April wieder zusammentritt, wird das Ministerium beim Dingen Mitteilung über den Grund zur Auflösung des Reichstagsministeriums geben. Das Ministerium hat nicht die Absicht, inzwischens eine Entscheidung in politischen Fragen zu treffen. Über deren Ordnung die politischen Parteien sich nicht einig sind. Es wird zurücktreten, sobald der neu gewählte Reichstag zusammentritt. Auf Vorschlag des Staatsministers hat der König genehmigt, daß dieser von seinem Amte als Reichsminister entbunden wird. Gleichzeitig hat der König den Professor Dr. jur. Sindballe zum Justizminister ernannt.

Der Präsident des Folketing hat die Forderung der radikalen Linken und der Sozialdemokraten, das Folketing zum Montag einzuberufen, abgelehnt, da die Sozialdemokraten sich geweigert hatten, die vom Staatsminister geforderte schriftliche Erklärung abzugeben, den Generalstreik bis nach den Wahlen aufzuheben.

Kongreß der bolschewistischen Partei Rußlands.

HN. Moskau, 2. April. Der allrussische Kongreß der bolschewistischen Partei wurde am 29. März mit einer Rede Lenins eröffnet. Vertreter der schwachen und nordwestlichen revolutionären sozialistischen Parteien waren anwesend. Lenin gab einen Überblick über die Lage und wies darauf hin, daß trotz der Ueberlegenheit der westlichen Emmentländer die Roten gestarkt hätten. Er führte diesen Sieg auf die größere Einheit und auf den hohen Idealismus zurück.

Aufruf zur Einsetzung des militärischen Kampfes.

Berlin, 2. April. Wie aus Vochum gemeldet wird, hat der „Zentralrat“ folgenden Flugblatt erlassen:

Soldaten der Roten Armee in Vochum! Die Volkerversammlung der Volksgenossen hat im Beisein der Obersten Kampfleitung und des Zentralrats am Donnerstag einstimmig beschlossen, dem Vieselfelder Abkommen zuzustimmen und den militärischen Kampf gegen die Reichswehr sofort einzustellen. Die Regierung hat sich verpflichtet, den Vormarsch der Reichswehr sofort aufzuhalten. Das ist der Reichsregierung nicht gelungen. Offiziere handeln auf eigene Faust. Sie drängen die wohl organisierten, schwer bewaffneten Truppen in das Industriegebiet. Soldaten, Genossen! Wenn wir Euch trotzdem auffordern, den bewaffneten Kampf abzugeben, so geschieht das in der wohlüberlegten Absicht, größeres Ansehen zu verdienen. Wir wollen den Offizieren kein Gelingen geben, ein Blutbad unter den Arbeitern anzurichten und der Regierung nicht den Schein von Verächtlichkeit geben, diesem selbständigen Vorgehen der Reichswehr zuzustimmen oder es nachträglich zu rechtfertigen. Soldaten! Wir halten uns an die Vereinbarung mit der Regierung. Hört diese ihre Versprechungen nicht, oder hat sie nicht die Macht, ihre Offiziere zu zwingen, ihren Aufforderungen zu folgen, so bedeutet das den Vankrott der Regierung, den Sieg des Militarismus. Dann ist das Proletariat des ganzen Landes gezwungen, den Kampf erneut gegen den Militarismus aufzunehmen. Dann ist die geschlossene Front der deutschen Arbeiter wiederhergestellt. Soldaten, Arbeiter des Industriegebietes! Dann führt Ihr den Kampf nicht mehr allein, in dem Ihr ohne Hilfe unterliegen würdet. Dann stehen an Eurer Seite die Arbeiter des ganzen Landes. Dann werdet Ihr mit ihnen zusammen kämpfen und siegen. Soldaten, Genossen! Wir müssen jetzt den bewaffneten Kampf einstellen. Wir wollen den deutschen Arbeitern und der Oeffentlichkeit zeigen, daß wir die friedliche Verständigung wollen. Es gilt, die Vernunft, nicht das Gefühl sprechen zu lassen. Genossen, Soldaten! Hört Euch nicht zu unbesonnenen Handlungen hinreißen, die Euch und der gesamten Arbeiterschaft des Industriegebietes schwere Gefahren brächten. Weht den nach Arbeiterblut dürstenden Offizieren der Reichswehr keine Gnade, Euch niederzuschlagen zu lassen. Unterlaßt jetzt jeden bewaffneten Widerstand. Zieht Euch in Eure Hütten zurück. Soldaten, Genossen! Wir müssen die schwere Anforderung an Euch stellen, um die revolutionäre Bewegung im Industriegebiet vor einem schweren Rückschlag zu bewahren. Soldaten, Genossen! Eure Pflicht ist es jetzt, das zu sichern, was Ihr bisher erkämpft habt. Sorgt dafür, daß die Waffen in Eurer Hand bleiben, dadurch, daß Ihr in die Oeffentlichkeit eintrittet. Sorgt dafür, daß nur die organisierten und politisch geschulten Genossen die Waffen in die Hand bekommen. Zweiseitigste Elemente haben sich in manchen Orten in andere Kampfreihen geschleift und wädigen unsere revolutionäre Bewegung durch ihre eigenmächtigen Handlungen. Soldaten, Genossen! Sorgt dafür, daß unsere Bewegung von diesen Elementen gesäubert wird, und daß die Waffen nur der revolutionären Bewegung dienstbar gemacht werden. Soldaten, Genossen! Hebt proletarische Disziplin, sammelt Eure Kräfte, es gilt, den Kampf gegen den Militarismus, den Kampf für den Sieg der Revolution.

gez. D. W. e. l. l., Zentralrat.

Die Liquidation aller beschlagnahmten feindlichen Werte in Belgien ist durch eine Verfügung des Generalprokurators aufgehoben worden. Bei den Kammerwahlen in Unterarles wurden 113 Agrarier, 48 Kommunisten, 34 Demokraten, 15 Nationalisten, 7 Sozialisten, 7 Christliche, 6 Radikale, 8 Liberale und 2 Unbekanntes gewählt.

Ministerwechsel in England. Anstelle des zurückgetretenen Ministers ohne Portefeuille Barnes wurde Evans ernannt. Radikaler Evans im Ministerium für Pensions wird Mac Pherson.

Der Sonderfriedensvertrag im amerikanischen Kongreß gemährt Deutschland eine Frist von 45 Tagen, während deren es seine Zustimmung erklären kann, daß es sich jedes Rechtsanspruchs gegenüber den Vereinigten Staaten begibt, den es nicht auf Grund des Versailler Vertrages geltend machen könnte.

Friedensratifikation durch Portugal. Der portugiesische Kongreß hat den Versailler Vertrag ratifiziert.

Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer.

Die vom Bund entschiedener Schulreformer für die Zeit vom 31. März bis 2. April abendwärts „freie Reichsschul-Konferenz“ wurde Mittwoch nachmittag im Reichshaus eröffnet. Als erster Redner sprach der Vorsitzende des Bundes, Professor Paul Oestreich, über die augenblickliche schulpolitische Lage und richtete heftige Angriffe gegen das Kultusministerium, durch deren Auslosigkeit und Bedauern bei den alten Schülern der revolutionären Regierung der Reaktion auf den Schulen Vorstoß geleistet worden sei. Der 2. Redner Dr. Koch gab eine Darstellung der schul- und erziehungswissenschaftlichen Bewegungen im Auslande und Deutschlands Zusammenhang und Abhängigkeit von diesen Umgebungsbestrebungen, in deren Mittelpunkt die Idee der Arbeitsgemeinschaft stand. Nebenbei wurde sich der Wille kund, die Umwandlung des schulpflichtigen Menschen, die Einzelbegabung im Rahmen der Gemeinschaft, helfend zu fördern.

Daran schloß sich ein Vortrag von Frau Grünwald, die über das System von Maria Montessori sprach. Die italienische Pädagogin hatte nicht zu der Tagung, wie es beabsichtigt war, kommen können. Als nächster Redner sprach Bruno Wagner über die „verfehlte Schulpolitik“. Er verteilte die Auffassung, daß manche Verordnungen der Regierung nicht zur Klärung und zur Vermittlung der Dinge beigetragen hätten, so vor allem die Erlasse über Schulgemeinde und Vereine. Koch schärfte Angriffe auf die höhere Schule und den Minister machte Dr. Oestreich, der über die höhere Schule als Herd der Gegenrevolution sprach. Er gab viele Beispiele aus seinen Erlebnissen, die den Mißbrauch der Erlasse des Ministeriums oder die Unentschiedenheit der Behörden zum Gegenstande hatten. An seine Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Ausdrucksweise.

Der zweite Verhandlungstag wurde durch einen Vortrag von Dr. Deiters über „Staat, Schule und Volk“ ausfüllt: Nachdem die Schule bisher ein politisches Instrument des Staates gewesen sei, müsse sie in Zukunft soweit wie möglich vom Staat getrennt werden. Ein Reichsgericht sei notwendig, das Berechtigungen weichen müsse abgeschafft werden. Die Lehrer müßten sich zu Lehrerkammern zusammenschließen, die ihre oberste Spitze in einem auch von den anderen interessierten Organisationen zu beschließenden Reichsschulrat finden müßten.

Am Freitag sprach Dr. Karsten über „Erziehung zur Selbstverantwortung“, wobei er auf die offenkundigen Schäden des Vorkursunterrichts hinwies.

Dr. Witte verlangte in seinem Referat über „Charakterbildung und Pazifismus“ die sofortige Reform des Geschichtsunterrichts und der ungeliebten Schulbibliotheken.

Neben den geschlossenen Tagungen fanden an den Abenden noch öffentliche Versammlungen im Dortheimstädtischen Realgymnasium statt.

Versicherungsgrenze 20 000 Mark.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Mittwoch abend wurde der Entwurf einer Verordnung über Heraushebung des Grundlohnes und der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung in der Fassung des sechsten Ausschusses der Rationalversammlung angenommen. Danach wird von einer bestimmten Obergrenze bei der Festsetzung des Grundlohnes überhaupt abgesehen. Ähnliche Lohnerhöhungen sind in Betracht zu ziehen, so daß unter Umständen sich sehr hohe Grundlöhne ergeben können. Ebenso erklärte sich der Ausschuss damit einverstanden, daß entsprechend dem Beschluß des Ausschusses der Rationalversammlung die Versicherungsgrenze bis auf 20 000 M. erhöht wird. Es wurde nicht verkannt, daß dies für die Bezüge nicht ohne Bedeutung sei. Aber die politischen Gründe überwiegen. Auch das Plenum des Reichsrates stimmte den Beschlüssen des Volkswirtschaftsausschusses der Rationalversammlung zu.

Groß-Berlin.

Tuberkulose-Fürsorge in der Praxis.

Ueber Tuberkulose-Fürsorge konnte man in letzter Zeit viel in der Oeffentlichkeit lesen. Wie es aber in der Wirklichkeit aussieht, geht aus nachstehend an uns gerichteter Zuschrift hervor:

„Ich bin im Felde lungenleidend geworden und bin mit 50 Frag. Erwerbsunfähigkeit entlassen. Mein Leben ist so, daß noch eine Heilung möglich ist.“

Im Februar d. J. stellte sich nun eine Lungenblutung ein; der mich in Behandlung habende Arzt riet mir, daß ich nun unbedingt eine Heilbehandlung nach dem neuen Verfahren des Herrn Prof. Dr. Friedmann machen müsse. Jedoch die Aufbruch der Kosten, die circa 500 Mark betragen, bereiteten mir Schwierigkeiten, da die Krankenkassen dafür noch nicht eintraten. Ich ging nun zum Bezirkskommando, um die Bewilligung der Mittel zu erlangen. Der Antrag wurde aber erst gar nicht angenommen; so etwas gäbe es nicht, wurde mir geantwortet. Ich versuchte nun bei der Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Stadt Berlin meinen Antrag anzubringen. Dort wurde mir kurz erklärt, daß es solche Art nicht gäbe, ich könnte eine Behandlung im Lungenklinikum am Südufer erhalten (dort zwischen den Sparsteinen der Elektrizitäts-Werke). Nach langem Hin und Her wurde ich dann zur Begutachtung meiner Gesundheit der Ansicht des Prof. Dr. Klemperer im Krankenhaus Moabit überwiesen. Die Untersuchung, die denen der Fremde im Felde ist und kaum eine halbe Minute dauerte, besiegelte mein Schicksal: „nicht erforderlich und nicht ratsam“ war das Urteil.

Wo sind nun die Instanzen, die für die Bekämpfung der Tuberkulose eintreten?

Es ist immer wieder die alte Geschichte: für die Volksgesundheit ist niemals Geld vorhanden, desto mehr aber für Mordwerkzeuge und deren Verfertiger.

Die militärische Beschwerbestelle und Auskunftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums befindet sich vom 3. April ab im alten Reichswirtschaftsministerium, Leuzinger Str. 5. Selbstverden werden erst vom 7. April ab wieder angenommen. Wir raten dringend, bei militärischen Reklamationen in der Provinz Brandenburg sich direkt an das Reichswehrkommando III, Ede Leuzinger und Potsdamstr. (alte Wannenfabrik) an den Hauptmann Bied oder an den Oberleutnant Böttger zu wenden.

Die Kartoffelkäufer haben einen Verlust von 45 Prozent. Bevor diese Forderung nicht erfüllt wird, wollen sie den Kartoffelmarkt einstellen. Der Magistrat wird Mittel und Wege finden, um die Kartoffelverteilung in eigenen Verkaufsstellen vornehmen zu lassen, wie das schon verschiedene Bezirksamteinsten längst durchgeführt haben.

Die Hospitalisten des Hospitals Buch haben sich kürzlich mit den Verhältnissen im Hospital beschäftigt und sich näher ausgesprochen. Sie lassen uns bitten, mitzutheilen, daß sie im großen und ganzen im Gegensatz zum Pflegepersonal gegen den jetzigen Oberinspektor Beschwerden menschlicher Natur nicht zu erheben hätten. Gegen früher sei manches besser geworden, und soweit es überhaupt die Ernährungsverhältnisse anlangt, läme man ihren Wünschen entgegen. Sie jagten das nicht aus Gefälligkeit für den neuen Oberinspektor, wie das aus einem von uns veröffentlichten Bericht zu entnehmen sei.

Ein mysteriöser Leichenfund beschäftigt gegenwärtig die Berliner Kriminalpolizei. Am Donnerstag wurden aus dem Testomonal die Leichen zweier Personen herausgehoben, in denen später die 14jährige unbekanntblinde Maria Schömer und der 30jährige Gasanalarbeiter Paul Reugebauer, beide aus Mariendorf, rekonstruiert wurden. Das junge Mädchen hatte sich am 6. März aus ihrer Wohnung entfernt und war seit dieser Zeit nicht mehr zurückgekehrt. Die Frau war mit dem Gasanalarbeiter Paul Reugebauer verlobt und beide hatten sich am fraglichen Tage getroffen, um den Brautwerb der Braut zu besprechen. Seit dieser Zeit wurde auch Reugebauer vermisst. Zwischen dem Brautpaar war es in letzter Zeit zu Streitigkeiten gekommen; der Arbeiter war eifersüchtig auf das Mädchen und behauptete, daß die Braut das Verlöbniß lösen wolle. Es wird nun angenommen, daß Reugebauer während des Spazierganges, den sie von Mariendorf nach Steglitz am Testomonal entlang gemacht haben, wiederum einen Faust mit der Braut geholt und sie im Jähzorn ins Wasser gestürzt hat. Der Arbeiter scheint dann ebenfalls den Tod gesucht zu haben.

Der Gesangsverein „Berliner Sängerkör“ veranstaltet am 1. Osterfesttag in der Sing-Akademie, Kasanienwäldchen, unter Leitung seines neuen Chorleiters Herrn P. Feld ein Konzert. Mitwirkung des holländischen Trio. Anfang 8 1/2 Uhr abends. Einlaßkarten an der Kasse.

Berliner. Am Donnerstag, 1. April, abends zwischen 8 und 9 Uhr hat ein armer Genosse in der Altmär., Langgarden Str. bis Rydener Str. seine Leichentafel, die sein Manntagegeld in Höhe von 800 M. enthält, verloren. Da der Bekhorer mit seiner Familie schwer betroffen ist, bittet er um, wenn möglich, bei der Herbeiführung schicklich zu sein und Nachricht an die Redaktion der „Freiheit“ zu geben.

Wetterausichten für Sonntag, Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenfällen und mäßigen, zwischen Süd und West schwanfenden Winden.

Aus dem Gemeindeleben.

Rosenthal. Die inhumanen Heher gegen den Genossen Wilbrod sind jetzt als eklatante Schwindler entlarvt worden. Durch gerichtliche Feststellungen sind alle Anschuldigungen als Erfindungen gebrandmarkt; sie wurden nur erhoben, um einen politisch Unbequemeren zu beseitigen. Auch der „Vorwärts“ und seine Anhänger haben an dieser Hege ein rechtlich Teil mitgewirkt. Und was wurde dem Genossen Wilbrod nachgefragt: Klientenbrennungen, Betrug, Schiebung, leichtfertige Verwendung von Gemeindegeldern wurde in Hauptstädtern unjense Genossen zum Vorwurf gemacht. In der letzten Gemeindevorstellung nahm Genosse Wilbrod Gelegenheit, die Sachlage nach allen Richtungen hin zu beleuchten; er wies an der Hand der gemachten Feststellungen den ganzen Schwindel nach. Genosse Koffert forderte die Rechtspartheien auf, sich wenigstens zu entschuldigen. Dem kamen sie und der jetzige stellvertretende Gemeindevorsteher nach mit der Ausrede, Wilbrod hätte nicht so lange schweigen sollen; man hätte den Erzählungen geglaubt.

Wein, es galt den unabweimeln Gemeindevorsteher zu diskreditieren und da war jedes Mittel recht. Werden die Herren nunmehr auch dafür sorgen, daß Wilbrod wieder in sein ihm mit allen Mitteln erzwungenes Amt eintritt? Das Verhalten des Gemeindevorsteher während der Kappage wurde vom Genossen Koffert gerügt und die Einleitung des Disziplinarverfahrens verlangt. Das wurde zugesagt.

Lebensmittellalender.

Preis. In der Woche vom 5. bis 11. April 1920 werden in der Gemeindevorstellung beim durch die Kleinbändler vorausgibt: Groß-Berliner Lebensmittelkarte, Lieferabschnitt 10 und 11 (grün): 250 Gr. Teigwaren je Person 1/2 Pfd. Teigwaren 0,50 Mk. Ausgabe erfolgt durch die Kleinbändler, Bestellabschnitt 17 (grün): 1 Pfd. Reis, 1 Pfd. Weizen, 1 Dose Walzgetreide, 4 Pfd. Weizenmehl, 1 Pfd. kleine, weiße Bohnen. Karte für Kriegsbefähigte: Abschnitt 1 und 2: 1 Pfd. Teigwaren, Karte für wehende Mütter und Kinder: Abschnitt 5: 1/2 Pfd. Teigwaren, Karte für Kriegsbefähigte: Abschnitt 15 a-c 3 Pfd. Kartoffeln, Abschnitt 15 d-1 300 Gramm Hülsenfruchtmehl, Abschnitt 15 g 1 Pfd. Kartoffelschalen (Ausgabe durch die Verkaufsstelle). Preisabhängig werden verkauft: Solzheringe, Bismarck-Heringe, Kaffee-Erfolg 2 Mk., Wein und mehrere Samenarten. Die Ausgabe der

Waren nach der bisherigen Nummernreihenfolge in aufgegeben. Weizen. Abschnitt 10 a und b der Einkaufskarte 250 G weiße Bohnen, 1 Pfd. kostet 3,30 Mk. Abschnitt 7 und 8 der meinen Lebensmittelkarte 250 Gramm Graupen. Abschnitt 15, 10 200 Gramm Getreidekörner, 200 Gramm Sago, 100 G Haferkörner.

Aus den Organisationen.

8. Bezirk. Mittwoch, 7. April, abends 7 Uhr, sämtliche 30 kommissionsmitglieder der Expedition Wengels, bei Wittkows, burger Straße 5, wichtige Sitzung.

17. Bezirk. Elternbeiräte. Dienstag, den 6. April, abends bei Kiehl, Cudenaber Straße 26, Versammlung. Vortrag des Schmitt.

Steglitz. Am Dienstag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, in dem Steglitzer Friedhof die Asche des Genossen Friedrich Schmitt.

Der Betriebsobmann Kleinbetriebe

Gemeinverständliche Darstellung und Erläuterung aller den O betreffenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes u. der Wahlv. Von Rudolf Weß, Arbeitersekretär in Königberg i. Pr. erscheint Mitte April

Anabhäng. Sozialdemokrat. Partei Bezirk Pantow

Am Dienstag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr **Jugendfeier** in der Aula des Lyzeums Pantow, Gdrichstr. 14 1/2 Mitwirkende: Gesangsverein „Liederfreund“, Pantow; Musikant: Frau Ella Darius; Klavier: Herr Fied; Violon: Herr Kubistki; Fiedrube: Genosse Dr. Wegner

Speditions-Aenderung.

Vom 1. April bekommen die Freiheit-Abonnenten des vierten Distrikts die Zeitung durch die **Spedition Sinner, Skalitzer Straße 101** zugestellt. Dasselbe werden Bolenfrauen eingestellt. **Der Verlag.**

Speditions-Aenderung.

Die Freiheitausgabestelle für Wittenau befindet sich vom 1. April ab **Rosenthaler Straße 46** (früher TritstraÙe 70).

Speditions-Aenderung.

Am 1. April wird die Spedition Hackbarth, Michaelkirchplatz 2, aufgeöst. Unsere Abonnenten werden nunmehr von der Spedition **Krüger, Wasserlorstraße 41,** beliefert. **Der Verlag.**

Botenfrauen

stellt ein **Spedition Goetze, Tresekowstrasse 22.**

Botenfrauen

für die Tour Kreuzberg u. Fazelberger Str., Kremmstr. u. Planufer, Zossener, Eylauer u. Katzbachstr. stellt ein die **Spedition Gneisenastraße 70.**

Kupfer

Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngelisse
kauft zu rissig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
2. Fennstraße 48
3. Beusselstr. 29
4. Bahnhofstr. 2
5. Menckölln
Kais.-Friedr.-Str. 229
6. Weidenweg 72

U.S.P.D. Steglitz

Am 16. März fiel durch Kapsche Mörderkugeln der Genosse **Friedrich Schmidt** Die Beisetzung seiner Asche findet am Dienstag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Steglitzer Friedhof statt. — Regere Beteiligung erwartet. **Der Vorstand.**

Zähne

4 M. Teilzahlung. Plomben 1,50 Goldkronen 18 M. Zahnröhren mit Elmspr. höchst. schmerzlos. Umbr. schlecht. Gebisse. Rep. Zahnarzt W 11 sol. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Geschäftsführer

für unsere Zeitung „Volksrecht“ für sofort gesucht. Bevorzugt werden Bewerber, die im Zeitungsgewerbe usw. erfahren sind. Bewerbungen sind bis zum 15. April an den Verlag „Volksrecht“, Hannover, Roscherstraße 6 einzusenden.

Achtung!

Abonnenten Lichtenberg Die Spedition ist verlegt von **Oderstr. 4 nach Weichselstr. 28** **Botenfrauen gesucht** für Petersburger Viertel. **Spedition Stimming**

Neu erschienen!

Kritik der Programme und Taktik der U.S.P. sowie neuer Programm-entwurf von Dr. J. Broh. Preis M. 3.- und 20% Buchhandlungsabzug. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Gesellschaft und Erziehung G.m.b.H., Berlin-Ploetzensee.

+ Haut-, Harn-, Geschlechts- +

Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir erprobten, bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit gutem und dauerndem Erfolge behandelt, speziell mit elektrophysikalischen Licht- und Natur-Heilverfahren. Ohne Betriebsstörung. — Sprech- und Behandlungszeit: 9-1, 4-7, 9-11, Sonn- und Feiertagen 9-1. **Heilanstalt Berlin SO 10, Brückenstr. 10 b, II** (am Bahnhof Jannowitzbrücke). Prof. P. Misteisky, graduirt und approbiert im Ausland.

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-„Freiheit“

Verkaufe

Großer Verkauf allerhand Gärten, Stores, Decken, prachtvoll. Teppiche, Perser-matten, Läuferstoffe, Brücken, Felle und allerhand Wäpche empfiehlt besonders preiswert Friedr. Ausstattungshaus, Prinzstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz, kein Laden. Für Wiederverkäufer besondere Ab-telung.

Gartenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Tülldecken. Gärten, Stores, Kissen, Gardinen, bunt und Tüll. Verkauf direkt an Private zu Exportpreisen. Gärteinspezialhaus Koenicker Straße 101 II, nahe Jannowitzbrücke

Gärten kaufen Sie preiswert nur im Spezialgeschäft, da dort keine Zwischenhändlerpreise. Reiches Lager in Schulgärten, Künstlergärten, Gärteinspezialhaus Koenicker Straße 101 II, nahe Jannowitzbrücke

Wach-u.-Platt-Anstalt

zu verkaufen. Zu erfragen Müllerstraße 143, I Tr., Handel.

Notfallberufverkauft

elegante schwarz, Jackettanzug, modern gearbeitet, schlanke Mittelgröße. Her 720.- Mk. (Anschaffungskosten 1.200.- Mk.) feldgrüne Rock 60.- M. Beck, Müllerstraße 153 a I Eingang Bergedorfer.

Kaufgesuche

Zahngelisse. Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend Silbermelze Christianos, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manufakturstraße)

Köpenicker Straße 101.

Überangelegenheitsbüro. Täglich 9-11 Uhr.

Gartenverkauf

zu staunend billigen Preisen. Künstlergärten, Stores, Besteck, Teppiche, Gelegenheitskaufhaus Herzig, Neue Köpenicker Straße 91, am Köpenicker.

Bessere Anzüge

spottbillig. In eigener Werkstatt gearbeitet. Kass. Wilhelmstraße 40, Kochstraße 26.

Leinhaus Moritzplatz 53a.

Höchste Beliebung und Anbau jeder Leinwand. Ferner Verkauf selbstgefertigter Anzüge, Rocke, anzüge, Paletots, Hosen, Damenkostüme, Mäntel aus feinsten Füllendstoffen zu bekannt billigen Preisen.

Metallschmelze

Kupfer, Messing, Zinn, Zahngelisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft zu konkurrenzlosen Preisen Christianos, Reichensberger Straße 22 (Kottbuser Tor).

Silberschmelze

Köpenicker Straße 157 (an der Mantelstraße) kauft höchstzahlend: Goldabfälle, Silberabfälle, Platinabfälle, Zahngelisse, salpetersaures Silber, Kupfer, Messing, Blei, sowie sämtliche Metallabfälle.

Schneldrehstuhl.

Spiralbohrer kauft bis 150%, Ausschlag. Dynamodraht, Schwand, Woldenberger Str. 10 Seitenblättl part.

Leim, Plund 10.- Mark.

Schellack kauft Hlino, Weberstraße 41/44.

Entlassungs-Anzeige u. Uster

kauft höchstzahlend Rosenberger, Rosenthaler Str. 14

Zeitungspapier.

Zahle Plund 50 Pfennig, anderes 40. Schwarz, Annenstr. 24

Nähmaschinen-gebrauch.

kauft Hreda, Rosenthaler Straße 19.

Tafelwaage, 10-15 Kilo.

mit Gewicht, aus Privat-hand zu kaufen gesucht, Hauschild, Kreidler Str. 17.

Möbel-Rath.

Schlaf-, Speisezimmer sowie einzelne Möbel, mod. Küchen, große Answahl. Zahlungsanweisung gestattet. Rath, Elsassstr. 44 L.

Reitfeld, Badstr. 34.

große Auswahl in kompletten Schlafzimmern, neu und gebraucht, von 1.950.-, circa 50 Küchen alle Farben, von 480.-, Wohn- und Speisezimmer, nur Gegenstandskäufe. Kleider-schränke und Vertikals von 240.-, Plüschsofas, neu und gebraucht, Waschtoiletten, Tische und Stühle, Truemeis in jeder Preislage. Versand nach außerh.

Möbel-Cohn.

im Osten: Große Frankfurter Straße 38 (früher Minuten von Alexanderplatz), im Norden: Badstr. 4-6 (früher Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), liefert gegen Bar und Teilzahlung ganze Wohnungsrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Kücheneinrichtungen in bester Ausführung. Ge-kaufte Möbel können kostenlos lagern. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts.

Werkzeuge und Maschinen

Ueber Höchstpreise zahlt ich für Spiralbohrer aus Schindl- und Wetzstein-stahl, Gewindebohren, Naturschleif, Holzschrauben, Fellen, Schmirgelsteinen, sämtliche Maschinenschrauben, Fellen, Schmirgelsteinen, sämtliche Werkzeuge. P. Haller, Landsberger Straße 55, Krst. 9875.

Konkurrenzlose

Höchstpreise für Spiralbohrer, Schmirgelsteinen, Holz- und Maschinenschrauben, Fellen, Werkzeuge und Metalle aller Art. Boschmagnete, Zündkerzen etc. etc. Arno Anders, Große Frankfurter Straße 101.

Spiralbohrer, mit höchst. Anschlag.

kauft Boek, Lü-beckerstraße 33.

Spiralbohrer, Fellen.

Früher kauft zu konkurrenzlosen Höchstpreisen Industrie-Bedarfsartikel, Pankstraße 50, Obergeh. part. ab vier.

Spiralbohrer

kauft zu höchsten Preisen sowie Holzschrauben Pinner, Ing. Berlin N 20, Pankstr. 27. Tel. Hamb. 4539

Spiralbohrer, Schmirgelsteinen.

Gewindebohrer, Naturstahl, Fellen kauft jeden Posten Jungnickel, Prinzstraße 8, Moritzplatz 143 B.

Spiralbohrer, Holzschrauben.

Schmirgelsteinen kauft höchstzahlend Laska, Belle-Alliancestr. 98.

Spiralbohrer bis 150 k.

Anschlag kauft Leitzki, Kommandantenstr. 65.

Spiralbohrer, Werkzeuge

und Schmirgelsteinen kauft Werkzeughandlung Linschuler 15.

Spiralbohrer, Werkzeuge

aller Art kauft höchstzahlend Werkzeughandlung Lichtenberg, Grossener Str. 13.

Magnet, Vergaser.

Lichtdynamo kauft höchstzahlend Selbstverbraucher, Zanker, Neue Hochstraße 2.

Spiralbohrer.

kauft höchstzahlend Marten, Löwenstraße 2, v. III.

Boschkerzen, Magnete.

Zentil, Pallasvergaser, Motoren und Autozubehöre kauft Brandt, Schliesische Str. 12, Moritzplatz 148a.

Magnete, Vergaser, Zündkerzen.

Kozellager, Werkzeuge kauft Penker, Schloßhauser Allee 164

Rechtsrat! v. Hasulder.

Borsigstr. 11 (Stettiner Bahnhof). Prozeßführung durch Justizrat! Einschüßungs-, Aliments-, Strafsachen! Letzter Erfolg! Entscheidung in 6 Wochen erledigt! Rechtsberatung kostenfrei!

Erfinder, Patentbureau.

Packescher, Gertraudenstr. 15, Zentrum 7600.

Mailhoretta

fertigt an bei Stollasberg Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. 3

Beleuchtung.

moderne elektrische Gas, auch Zahlungs-erleichterung. Fels & Co., Potsdamerstr. 36 I, Hochhaus Bismarck.

Fahrräder

Rechtsrat! v. Hasulder, Borsigstr. 11 (Stettiner Bahnhof). Prozeßführung durch Justizrat! Einschüßungs-, Aliments-, Strafsachen! Letzter Erfolg! Entscheidung in 6 Wochen erledigt! Rechtsberatung kostenfrei!

Arbeits

suchen, schreie wachmen (auch erfolgreich) in lehrer, Anfrag. in Karte 187 Briefe

Pfisterinn

kragen und Mäntel hohem Lohn und Beschäftigung sucht. Herzig, Felix Jablonkastr. 12.

Tierm

Schäferhund, Hundevogel, Dressurbuch, Handbuch, lands Hundeparkstr. 25.

Hunde an-

Capellendammstr. 36.

Fahrräder

Kaufe Fahrradberg, und Damsrad, Lebensmittel erhältlich. Loesener, Scharlottenbrück bei Luckenwalde.